

Ratsherr Mark Proch, NPD
Am Brunnenkamp 4
24537 Neumünster

SAPr 'in/05a/1. StR / StR / 10.2 / 30 / 10.1

0242/2013/Au

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

15.12.15

30.12.15

ab 1.12.15 /i

, den 15.12.15

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Unterdrückung von unliebsamen politischen Äußerungen

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 15.12.15

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Ratsversammlung mißbilligt die Vorgehensweise vieler Unternehmen und Verwaltungen, Mitarbeiter wegen politisch unliebsamer Äußerungen in den sozialen Netzwerken unter Druck zu setzen oder gar zu kündigen. Der Bürgermeister möge sich in der Stadtverwaltung für wirkliche Meinungsfreiheit gemäß Art. 5 abs. 1 GG einsetzen und dafür sorgen, daß kritische Meinungen von städtischen Mitarbeitern, auch zu umstrittenen politischen Themen, nicht zu Repressalien gegen die Mitarbeiter führt oder gar zur Kündigung des Dienstverhältnisses.

Begründung:

In den vergangenen Monaten ist es in vielen Unternehmen und Verwaltungen gängige Praxis geworden, daß Mitarbeiter wegen unliebsamer politischer Meinungen in den sozialen Netzwerken unter Druck gesetzt oder gekündigt wurden. Wenn Themen wie Einwanderung und Asyl zu Tabuthemen erklärt werden, zu denen eine politische Auseinandersetzung ohne drohenden Arbeitsplatzverlust nicht mehr möglich ist, sollte man sich ernsthaft die Frage stellen, wie es um die demokratischen Werte unserer Gesellschaft bestellt ist. Im Grundgesetz ist die Meinungsfreiheit in Art. 5 Abs. 1 klar definiert. Dort heißt es: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“ Es ist nicht nachvollziehbar, warum Gutmenschen, die sonst bei jeder Gelegenheit von Freiheit reden, hier das Grundrecht auf Meinungsfreiheit für eine bestimmte Personengruppe einzuschränken versuchen. Zumindest in diesem Punkt stimmen die Nationaldemokraten mit der Kommunistin Rosa Luxemburg überein, denn „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Offenkundig verstand Rosa Luxemburg mehr von Freiheit, als die meisten bundesdeutschen Gutmenschen.

Ratsherr Mark Proch (NPD)

